

Nicht alle Krisen wirken sich gleichermassen auf die Wahlergebnisse aus: Was die eidgenössischen Wahlen 2023 zeigen

Elie Michel, Lukas Lauener
13th August 2026



Auf den ersten Blick scheinen die eidgenössischen Wahlen 2023 die Stabilität der politischen Landschaft in der Schweiz bestätigt zu haben. Doch hinter dieser scheinbaren Stabilität haben die jüngsten Krisen sehr wohl reale Spuren im Wahlverhalten hinterlassen. Unsere Studie zeigt, dass die COVID-19-Pandemie und die Energiekrise die Wahlbeteiligung und die Wahlentscheidungen beeinflusst haben – allerdings in entgegengesetzte Richtungen.

Die Serie zum
Special Issue

SPSR Swiss Political Science Review
Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft
Revue Suisse de Science Politique
Rivista Svizzera di Scienza Politica

The 2023 Swiss National Elections

Line Rennwald, Marlène Gerber & Elie Michel

Zwischen den eidgenössischen Wahlen 2019 und 2023 erlebte die Schweiz eine Reihe aussergewöhnlicher Krisen. Die COVID-19-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und die Energiekrise beherrschten mehrere Jahre lang das Geschehen. Man könnte erwarten, dass sich solche Ereignisse auf das Wahlverhalten auswirken. Unsere Analysen zeigen jedoch ein differenziertes Bild: Die Krisen haben die Wahlen 2023 zwar beeinflusst, aber nicht alle in derselben Weise.

Auf den ersten Blick deutet nichts darauf hin, dass diese Krisen die Wahlen 2023 grundlegend beeinflusst hätten. Die Wahlbeteiligung (46.6%) blieb in etwa auf dem Niveau von 2019 (45.1%), und an den Kräfteverhältnissen zwischen den Parteien änderte sich wenig. Hinter dieser scheinbaren Stabilität verbergen sich jedoch auf individueller Ebene grössere Verschiebungen. Eine der Krisen hat Wählerinnen und Wähler an die Urnen getrieben, während eine andere sie davon ferngehalten hat. Letztendlich haben sich diese gegensätzlichen Effekte weitgehend ausgeglichen.

Die Pandemie hat Wählende von den Urnen ferngehalten

Die COVID-19-Pandemie war die Krise, die die eidgenössischen Wahlen am stärksten geprägt hat. Personen, die die Pandemie als eines der wichtigsten politischen Probleme des Landes erachteten, nahmen mit geringerer Wahrscheinlichkeit an den Wahlen 2023 teil. Genauer gesagt neigten diejenigen, die 2019 an den Wahlen teilgenommen hatten und für die die Pandemie besonders wichtig war, vier Jahre später stärker dazu, nicht mehr an den eidgenössischen Wahlen teilzunehmen.

Dieses Ergebnis mag kontraintuitiv erscheinen. Man könnte meinen, dass eine so bedeutende Krise zu mehr politischem Engagement führt. Unsere Analysen deuten jedoch darauf hin, dass die COVID-19-Pandemie eine Art politische Ermüdung hervorgerufen haben könnte.

Im Zuge der Debatten über Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie, Einschränkungen des privaten und öffentlichen Lebens sowie die insgesamt drei eidgenössischen Volksabstimmungen zu COVID-19 scheinen sich gewisse Bürgerinnen und Bürger nach und nach von der Beteiligung an Wahlen auf eidgenössischer Ebene entfernt zu haben.

Die Pandemie hat überdies Spuren beim Wahlverhalten hinterlassen. Wählende, die ihr grosse Bedeutung beimassen, neigten stärker dazu, sich von den im Bundesrat vertretenen Parteien abzuwenden. Auch mehrere Jahre nach der Pandemie waren deren politische Auswirkungen an den Urnen demnach noch sichtbar.

Die Energiekrise hatte den gegenteiligen Effekt

Die Energiekrise folgte einer fast gegenteiligen Logik. Personen, die Energiefragen zu den wichtigsten Problemen zählten, neigten stärker dazu, an den Wahlen 2023 teilzunehmen. Dieser Effekt zeigt sich besonders deutlich bei denjenigen, die 2019 nicht an den Wahlen teilgenommen hatten: In dieser Gruppe hatten diejenigen, die sich Sorgen um Energiefragen machten, eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit, 2023 wieder an die Urnen zurückzukehren.

Die Energiekrise geht ausserdem mit einer verstärkten Unterstützung der Regierungsparteien einher: Wählende, die sich Sorgen über Versorgungsengpässe oder die wirtschaftlichen Folgen der Energiemangellage machten, neigten stärker dazu, ihre Stimme für eine der im Bundesrat vertretenen Parteien abzugeben.

Während die Pandemie bei einem Teil der Bevölkerung offenbar zu politischem Rückzug und Desinteresse geführt hat, hat die Energiekrise im Gegenzug die politische Mobilisierung verstärkt.

Ein medial äusserst präsender Krieg, der an den Urnen jedoch kaum eine Rolle spielt

Der Krieg in der Ukraine bildet einen auffälligen Kontrast. Seit dem russischen Einmarsch im Februar 2022 stand der Konflikt häufig im Mittelpunkt der medialen Berichterstattung und löste tiefgreifende politische Debatten aus, insbesondere über die Neutralität der Schweiz – etwa im Zusammenhang mit der Übernahme der Sanktionen gegen Russland.

Dennoch lassen sich praktisch keine Auswirkungen dieser Krise auf die Wahlbeteiligung oder das Wahlverhalten im Jahr 2023 feststellen. Personen, die den Krieg als wichtiges politisches Thema betrachteten, haben nicht systematisch anders gewählt als andere.

Dieses Ergebnis macht deutlich, dass eine starke mediale Präsenz nicht automatisch Auswirkungen auf das Wahlverhalten hat.

Hinter der Stabilität verbergen sich gegenläufige Effekte, die einander aufheben

Eine der wichtigsten Erkenntnisse unserer Studie ist, dass nicht alle Krisen die gleichen politischen Reaktionen hervorrufen. Manche mobilisieren, andere demobilisieren. Manche stärken die Unterstützung für die Regierungsparteien, während andere sie schwächen.

Die eidgenössischen Wahlen 2023 zeigen dies paradigmatisch. Die Pandemie hat gewisse Bürgerinnen und Bürger von den Wahlurnen und der Wahl von Regierungsparteien ferngehalten, während die Energiekrise bei anderen zu einer Mobilisierung und zur Unterstützung von Regierungsparteien geführt hat. Diese gegensätzlichen Dynamiken erklären, warum die aggregierten Ergebnisse den Eindruck von Stabilität vermitteln, obwohl sich unter der Oberfläche bedeutende Veränderungen auf Individualebene vollzogen haben.

Allgemeiner betrachtet zeigen unsere Studienresultate, dass man sich nicht vom äusseren Anschein täuschen lassen sollte. Eine Wahl mag wenig von Krisen beeinflusst erscheinen, wenn man nur die Endergebnisse betrachtet. Hinter einer scheinbaren Stabilität verbergen sich jedoch manchmal bedeutende Wählerbewegungen, die sich aber auch gegenseitig aufheben können. Im Fall der eidgenössischen Wahlen 2023 haben die Krisen durchaus ihre Spuren an den Wahlurnen hinterlassen, allerdings in entgegengesetzte Richtungen.

Schweizer Wahlstudie Selects

Dieser Artikel ist Teil einer [Sonderausgabe](#) der Schweizerischen Zeitschrift für Politikwissenschaft, die den eidgenössischen Wahlen 2023 gewidmet ist.

Die Beiträge stützen sich im Wesentlichen auf Daten der Schweizer Wahlstudie [Selects](#), die das Wahlverhalten der Schweizer Bürgerinnen und Bürger bei den nationalen Wahlen seit 1995 untersucht. Selects wird vom [Schweizerischen Nationalfonds](#) finanziert und von [FORS](#) in Lausanne durchgeführt. Alle Daten sind für wissenschaftliche Zwecke auf der Plattform [SWISSUbase](#) frei zugänglich. Die Sonderausgabe durchlief das übliche Peer-Review-Verfahren für die Veröffentlichung wissenschaftlicher Artikel.

Dieser Artikel ist eine Kurzfassung von:

- Elie Michel und Lukas Lauener (2026). [Elections in Times of Multiple crises: Turnout and Vote Choice in the Swiss Federal Elections of 2023.](#) *Swiss Political Science Review*, Vol. 32, Issue 2.
-

Bild: [Unsplash](#)